

Landespolitik und Finanzauswirkungen auf Kommunen

Die Finanzagenda 2010 vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich in Nordrhein-Westfalen und auch die soziale Benachteiligung. Mittlerweile haben wir dramatische Zustände in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Ich möchte kurz einige Stimmen einige Medien und andere Quellen zitieren. So hieß es beispielsweise in der WAZ:

Für die Städte in Nordrhein-Westfalen wird es mit Schwarz-Gelb dramatisch. Zu den Verlierern werden vor allem finanzschwache Kommunen und das Ruhrgebiet gehören.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schreibt in einer Pressemitteilung vom 27. Oktober 2009:

Wie im Wahlprogramm insbesondere von der FDP angekündigt, setzt die Koalition auf steuerliche Entlastungen und hofft, dadurch den Weg zu mehr Wirtschaftswachstum zu finden. Wenn alle angekündigten Maßnahmen umgesetzt werden, würde dies zu einem Entlastungsvolumen von jährlich 24 Milliarden € führen. Dies würde allein bei den Kommunen mit einem Einnahmeverlust von jährlich 3,6 Milliarden € zu Buche schlagen.

Das ist die Situation.

Ich zitiere auch noch aus der Anhörung, die wir zum Landeshaushalt durchgeführt hatten. Andreas Wohland vom Städte- und Gemeindebund sagte zur Haushaltssituation:

Diese Zahlen belegen eine dramatische Verschlechterung im Jahresverlauf. Seit der letzten Haushaltsumfrage, die wir im Februar/März dieses Jahres -also 2009 -gemacht haben, sind bis heute dramatische Einbrüche zu verzeichnen. Nur noch 35 unserer 360 Mitgliedskommunen melden einen strukturell ausgeglichen Haushalt für 2009. Das sind also weniger als 10 %. Insofern ist das Bild deckungsgleich mit dem Ergebnis der Haushaltsumfrage des Städtetages.

Diese Situation finden wir vor. Zwar wurden bis 2009 die höchsten Steuereinnahmen in den letzten Jahren erzielt, aber es gibt die mieseste Lage in den Kommunen in Nordrhein-Westfalen aller Zeiten.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat den Städten und Gemeinden in NRW massiv geschadet. In den letzten Jahren wurden ihnen vier Milliarden Euro vorenthalten. Hinzu kamen Streichungen bei Krankenhausinvestitionen, Schülerbeförderungsmitteln und der Weiterbildung. Auch Aufgabenverlagerungen – wie bei der Versorgungs- und Umweltverwaltung – verschlechterten die kommunale Finanzlage genauso wie nicht durchgereichte Bundesmittel beim KiBiz. Schwarz-gelb hat den Kommunen mehr Schaden zugefügt als die Weltwirtschaftskrise. Zu dieser Erkenntnis kommen nun auch selbst immer mehr Kommunalpolitiker der CDU.

So lässt sich feststellen:

Wenn Kommunen beim Streichen aller freiwilligen Leistungen noch nicht einmal in eine Lage versetzt werden, den Anstieg der Kassenkredite oder der Kredite insgesamt

zu bremsen, sondern die Kredite trotzdem weiter steigen, handelt es sich offensichtlich um eine Vergeblichkeitsfalle, weil diese Kommunen ja ganz offensichtlich durch eigene Sparanstrengungen nicht in die Lage versetzt würden, tatsächlich über Jahrzehnte Schulden abzubauen.

CDU und FDP in NRW haben in den vergangenen Jahren einen rücksichtslosen Raubzug durch die kommunalen Kassen geführt. Wesentliche Bestandteile der Kürzungsorgie waren dabei, dass die Grunderwerbsteuer jetzt vollständig dem Land zufällt. Allein daraus entstehen Mindereinnahmen für die Kommunen in einer Größenordnung von jährlich mindestens 180 Millionen Euro. Außerdem haben CDU und FDP die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten massiv überzogen, dass das NRW-Verfassungsgericht in Münster allein für das Jahr 2006 festgestellt hat, dass die Kommunen in einer Größenordnung von 380 Millionen Euro zu viel an das Land gezahlt haben. Insgesamt sind es derzeit fast 1,2 Milliarden Euro für die Jahre 2006 - 2009.

Die Kostenbeteiligung des Bundes am Ausbau der U 3 - Plätze im Kinderbetreuungsbereich wurde nicht an die Kommunen weitergegeben. Allein im Jahr 2010 macht dies 45 Millionen Euro aus, Tendenz steigend. Zudem ist die Beteiligung des Landes an den Elternbeiträgen in Höhe von 84,5 Millionen Euro weggefallen.

Im Sozialbereich gab es massive Kürzungen. Allein die mangelnde Weiterleitung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für SGB II - BezieherInnen kostet die Kommunen Jahr für Jahr etwa 220 Millionen Euro. Auch wurde die Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Investitionskosten für Krankenhäuser von etwa 110 auf etwa 220 Millionen Euro verdoppelt. Dazu kommen Kürzungen von Zuschüssen für Busse und Bahnen, insbesondere bei der Beförderung von Schülerinnen und Schülern und weitere Einzelmaßnahmen.

Wenn behauptet wird von CDU/FDP das GFG 2010 sei von den absoluten Zahlen her das zweithöchste in der Geschichte des Landes, dann muss man selbstverständlich diese Zahlen auch in Relation zu den Landeseinnahmen sehen. Das GFG ist in den letzten fünf Jahren um 16 % gestiegen, die Landeseinnahmen aber um 30 %. Es besteht also eine eklatante Divergenz zwischen dem Anstieg der Steuereinnahmen des Landes und der Summe, die Sie den Kommunen gegeben haben.

Im Zusammenhang mit den Einheitslasten wurde das GFG faktisch um 1,17 % gesenkt.

Insgesamt hat das Land die Kommunen jährlich um mindestens etwa 1,5 Milliarden Euro schlechter stellt, als dies vor Regierungsantritt von CDU und FDP der Fall war. Bei einem Gesamtvolumen des Gemeindefinanzgesetzes (GFG) von etwa 7,5 Milliarden Euro, sind dies immerhin 20 % des gesamten Gemeindefinanzierungsgesetzes. Hinzu kommt, dass von vielen Mehrbelastungen im Sozialbereich gerade jene Kommunen besonders betroffen sind, denen es ohnehin schon sehr schlecht ging. CDU und FDP haben also mit ihrer Politik das soziale Gefälle zwischen den Städten noch massiv verschärft.

Nur noch 35 der 355 Mitgliedskommunen im Städte und Gemeindebund NRW (StGB) melden einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2009. Dies sind weniger als zehn Prozent – eine Besorgnis erregende Entwicklung. Nach einer Umfrage des Städte- und Gemeindebundes (StGB) waren dies ein Jahr zuvor noch 48 Mitgliedstädte und -gemeinden gewesen. Dies macht die katastrophale strukturelle Unterfinanzierung der kommunalen Familie deutlich. Ein weiteres Indiz für die kommunale Finanzmisere ist der rasante Verzehr des Eigenkapitals. Die Ausgleichsrücklage - der Teil des Eigenkapitals, der in der Eröffnungsbilanz nach dem Neuen

Kommunalen Finanzmanagement zum fiktiven Haushaltsausgleich eingesetzt werden kann - wird nach der jüngsten Umfrage binnen kürzester Zeit in 232 Kommunen vollständig aufgezehrt sein. Von einem Szenario der Überschuldung, also dem vollständigen Verzehr des Eigenkapitals, gehen bis zum Jahr 2013 11 NRW-Mitgliedskommunen des StGB aus.

Bei der Gewerbesteuer ergibt sich erwartungsgemäß ebenfalls eine deutliche Verschlechterung gegenüber der ersten Haushaltsumfrage in diesem Jahr. Zunächst waren die StGB NRW-Mitgliedstädte und -gemeinden für 2009 von einem Netto-Gewerbesteueraufkommen von 3,53 Mrd. Euro - nach 3,65 Mrd. Euro im Vorjahr - ausgegangen. Nunmehr werden lediglich noch 3,18 Mrd. Euro erwartet. Dies entspräche einem durchschnittlichen Rückgang um rund 13 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis. Zudem ist zu berücksichtigen, dass aus einzelnen StGB NRW-Mitgliedskommunen ein Rückgang des Gewerbesteueraufkommens um mehr als 50 Prozent gemeldet wird.

Die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen und bei anderen Zuweisungen sind ganz erheblich gekürzt worden ist.

Da ist die Kürzung des Steueranteils. Eigentlich sind 23 % über viele Jahre sakrosankt abgesenkt worden. Da ist die Abschaffung des Anteils der Grunderwerbsteuer für die Kommunen. Da ist die erhöhte Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung für Kommunen. Das alleine macht seit 2005 in der Summe eine Kürzung des Landes gegenüber den nordrhein-westfälischen Kommunen von 2,2 Milliarden € aus.

Das Zweite, wo man inzwischen wirklich von einer Abzocke des Landes gegenüber den Kommunen sprechen muss, ist die Frage der Beteiligung am Solidarpakt Ost. Tatsache ist: Wenn wir uns den Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen, aber vor allem auch nordrhein-westfälischen Kommunen ansehen, können wir einerseits feststellen, dass es im Osten zum Teil Städte gibt, die schon äußerlich den Eindruck machen, dass man Gutes mit dem Solidarpakt bewirken kann. Andererseits erkennen die Bürgerinnen und Bürger gerade in Nordrhein-Westfalen nicht nur an Schlaglöchern und undichten Schuldächern, dass hier Geld fehlt.

Es ist schon schlimm genug, dass dieses Geld nicht mehr nach dem Bedarf, sondern ausschließlich nach Himmelsrichtungen verteilt wird. Aber bei der Frage, wie sich der Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen beim Aufbau Ost zusammensetzt, zockt diese Landesregierung die nordrhein-westfälischen Kommunen seit 2007 permanent ab.

Es ist verfassungsgerichtlich festgestellt, dass das Land den Kommunen verfassungswidrig zu hohe Beiträge abverlangt. Alleine hier ergibt sich ein Fehlbetrag von 900 Millionen €. Und schlimmer noch: Das Abrechnungsgesetz, das diese Landesregierung vorgelegt hat, zementiert diese Abzocke bis zum Jahre 2019. Hier saniert sich das Land im Solidarpakt Ost auf Kosten der nordrhein-westfälischen Kommunen.

Das Fazit ist: Die Finanzsituation in den Kommunen war noch nie so schlimm, wie sie aktuell ist. Die Kommunen können mit Fug und Recht sagen, in diese Situation nicht durch eigenes Verschulden hineingeraten zu sein. Und vor allem werden es die allermeisten nicht schaffen, dieser Schuldenfalle aus eigener Kraft zu entkommen.

3,1 Milliarden € hat diese Landesregierung seit 2005 bei den Kommunen gekürzt, 2,2 Milliarden € bei vielen Zuweisungen, 900 Millionen € im Aufbau Ost.

Sieht man sich einmal die Summe der Zuweisungen zwischen den Jahren 2000 und 2004 an die Kommunen zum einen und 2005 und 2009 zum anderen an ist das ist ein sehr interessanter Zahlenvergleich, denn in beiden Perioden haben die Kommunen fast exakt die gleichen Summen – nämlich 34,4 Milliarden € – über das GFG zugewiesen bekommen. Faktisch heißt das, dass CDU/FDP den Kommunen bei über 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen in absoluten Zahlen nur so viel zugewiesen haben, wie Rot-Grün es bei deutlich weniger Steuereinnahmen getan hat.

Wenn man nicht nur das betrachtet, was in den letzten drei Jahren gestrichen wurde, sondern auch das, was nach dem alten System hätte ausbezahlt werden müssen, dann kommt man bei über 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen und einem Verbundsatz von 23 % zu dem Ergebnis, dass man den

Kommunen knapp 5 Milliarden € mehr hätten geben müssen. Und dabei sind noch nicht einmal die Mittel berücksichtigt, die gestrichen wurden. Sie haben den Kommunen in der Summe also nicht nur über 3 Milliarden € vorenthalten, die Sie ihnen in dieser Wahlperiode geraubt haben, sondern Sie haben ihnen darüber hinaus auch 5 Milliarden € vorenthalten, die ihnen nach dem alten Abrechnungssystem zugestanden hätten.

Düstere Zukunftsaussichten

Angesichts von Gewerbesteuererbußen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro aufgrund der konjunkturellen Lage ist die Situation der Kommunen mehr als dramatisch. CDU und FDP haben durch ihre Politik allerdings diese Lage noch maßgeblich verschärft. NRW-weit hatten die Kommunen im Sommer 2005 bei Regierungsantritt der Koalition noch 10,2 Milliarden Euro Kassenkredite. Ende 2008 waren es bereits 14,8 Milliarden - und dies trotz der guten Steuereinnahmen in den Jahren 2006, 2007 und 2008. Am Ende des zweiten Quartals 2009 ist die Zahl bereits auf 15,97 Milliarden Euro angestiegen. Vor dem Hintergrund der einbrechenden Steuern und steigenden Soziallasten wird dieser Prozess an Dynamik gewinnen. Es ist davon auszugehen, dass spätestens Ende 2010 die Kassenkredite bei 20 Milliarden Euro liegen werden und sich somit in fünf Jahren verdoppelt haben - und das trotz sprudelnder Steuereinnahmen in den Jahren 2006 bis 2008. NRW ist mit etwa der Hälfte der gesamten Kassenkredite absoluter Spitzenreiter in Deutschland.

Die SPD hat zur Verschlechterung der kommunalen Finanzsituation ebenfalls beigetragen. Das Bundeskabinett hatte unter Beteiligung von Finanzminister Peer Steinbrück den Bundesanteil an den Unterkunftskosten von ehemals 31,8 Prozent über 26 Prozent auf nunmehr 23,6

Prozent abgesenkt hat. Dies geschah trotz scharfer Proteste der Kommunalen Spitzenverbände. Allein die letzte Senkung kostet die Kommunen bundesweit 1,6 Milliarden Euro. Die NRW-Kommunen müssen also durch diesen Federstrich weit über 300 Millionen jährlich mehr zur sozialen Sicherung beitragen, Großstädte wie Duisburg, Essen oder Dortmund kostet dies jährlich zweistellige Millionenbeträge.

Die schwierige Finanzsituation vieler Städte und Gemeinden gibt Anlass zu großer Sorge. Denn ein erheblicher Teil der öffentlichen Aufgaben – von Kinderbetreuung bis hin zur Verkehrsinfrastruktur – werden von Städten, Gemeinden und Landkreisen erbracht und getragen. Kürzungen und erhöhte Gebühren, die gegenwärtig von einigen Kommunen angekündigt werden, gehen zu Lasten der Schwächsten und Armen, die auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Erschwerend auf die kommunalen Haushalte wirkt zudem der Rückgang der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für ALG-Empfängerinnen und ALG-Empfänger.